

Susanne Heeg

»Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung« Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins

1. Einleitung

In der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung zeigte Berlin zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung wenig Ähnlichkeiten mit anderen westlichen Städten (Strom 1996, Häußermann/Strom 1994). Sowohl in West- als auch in Ostberlin waren große kommerzielle Entwicklungsprojekte im Bereich Konsum, Gewerbeentwicklung und Immobilien, die anderen westlichen Städten das typische Gesicht einer weitflächigen Agglomeration mit abnehmender Verdichtung vom Zentrum zur Peripherie hin gaben, kaum ausgeprägt.

Insofern scheint es wenig Gemeinsamkeiten mit der Entwicklung westdeutscher oder westeuropäischer Städte zu geben. Hinsichtlich der Eingliederung Berlins in die Hierarchie des westlichen Städtesystems nach der Wiedervereinigung und den damit einhergehenden politischen Anforderungen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen läßt sich Berlin aber durchaus mit anderen Städten vergleichen. Industrieller Niedergang, massiv ansteigende Arbeitslosigkeit, Wegfall von Subventionen und städtische Haushaltszwänge forcierten hier eine Problematisierung bisheriger stadtentwicklungspolitischer Leitlinien. Dies läßt sich an der Veränderung der Argumentationsmuster ablesen und kennzeichnet einen durchaus umkämpften Übergang von einer verwaltenden und distributiv orientierten zu einer »unternehmerischen Stadt«. Im folgenden soll diese neoliberale Neubestimmung zentraler Paradigmen in der Stadtentwicklungspolitik in Berlin entlang der Achsen »Privatisierung«, »Entstaatlichung« und »Deregulierung« dargestellt werden.

Der damit umschriebenen Neuorientierung städtischer Politik liegen weitreichende wirtschaftliche und politische Umstrukturierungen im nationalen (und globalen) Maßstab zugrunde. Zentral ist in diesem Zusammenhang die selektive Abgabe von nationalstaatlichen Regulierungskapazitäten an subnationale Ebenen, u.a. der städtischen. Diese Veränderungen im nationalstaatlichen Raum- und Kompetenzgefüge beinhalten sowohl erweiterte

städtische Handlungsspielräume als auch begrenzende Rahmenbedingungen. Mit dem Umbau werden aber nicht einfach unvermeidliche Sach- und Handlungszwänge für die lokale Politik etabliert. Die städtischen Reaktionen auf diese Umbauprozesse und krisenhaften Tendenzen hängen auch von der lokal dominanten Interpretation der Krisenursachen ab, die ihrerseits das Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen ist. Im folgenden wird es deshalb darum gehen, vor dem Hintergrund der Veränderungen des nationalstaatlichen Raum- und Kompetenzgefüges, die stadtentwicklungspolitischen Debatten Berlins als Ausdruck der Interpretation von Krisenursachen und daraus resultierenden Lösungsmustern zu untersuchen.

2. Berlin als »unternehmerische Stadt«

Westberlin als eine Stadt der Moderne basierte bis zur Wiedervereinigung auf einer fordistischen Planungs- und Steuerungslogik. Eine umfangreiche nationalstaatliche Subventionspraxis sollte eine Angleichung an durchschnittliche westdeutsche Lebensverhältnisse sicherstellen. Erst mit der Wiedervereinigung und dem Verlust des »Inselstatus« erfolgte die Abkehr von einer Politik des administrativ/etatistisch organisierten Ausgleichs und der Umverteilung. Wie in anderen westdeutschen Städten auch, wurde die Politik auf die Anforderungen einer globalen Ökonomie umgestellt. Dies ging mit einer Neubestimmung stadtentwicklungspolitischer Ziele und Maßnahmen einher. Um die Reichweite der Veränderungen ermessen zu können, werden zunächst die Grundzüge der Berliner Stadtentwicklungspolitik bis zur Wiedervereinigung beschrieben.

2.1 Berliner Stadtpolitik im Fordismus

Trotz des Sonderstatus von Berlin – sowohl in der Hinsicht, daß Berlin eine geteilte Stadt war, als auch daß in West-Berlin die ehemaligen Alliierten ein gewichtiges Wort in Sicherheitsfragen mitzureden hatten – war die Stadtpolitik Berlins, wie die anderer westdeutscher Städte, von einer fordistischen Logik gekennzeichnet. Im Unterschied zu diesen Städten, die schon seit den späten 70ern auf Anforderungen einer krisenhaften Wirtschafts- und Stadtentwicklung reagieren mußten, wurde diese Politik in West-Berlin bis zur Wiedervereinigung aber weitgehend fortgesetzt. Der Symbolcharakter von West-Berlin in der Ost-West-Konfrontation legitimierte eine hochsubventionierte Ökonomie. Großunternehmen verließen Berlin in Richtung Westen aufgrund des politischen Frontstadtcharakters und dem fehlenden Hinterland. Was blieb, war vor allem eine von der öffentlichen Hand unterstützte Fließband- und arbeitsintensive Fertigung, die häufig technologisch überaltert war. Die Subventionspolitik wirkte damit

auf die Industriestruktur konservierend, da in Berlin solche Produktionsprozesse blieben, die in anderen westdeutschen bzw. westeuropäischen Städten ab den 70er Jahren ausgelagert wurden. Berlin erlebte bis 1989 nicht die Etablierung einer Dienstleistungsökonomie, die auf internationalen Headquartern, hochspezialisierten unternehmensorientierten und Finanzdienstleistungen aufbaute. Diese siedelten sich vor allem in westdeutschen Großstädten wie Frankfurt am Main, München, Köln und Hamburg an. Auch der öffentliche Dienst bzw. öffentlich finanzierte Bereich – Bundesämter und der Bereich Wissenschaft – wurde in Berlin im Rahmen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik aus arbeitsmarktpolitischen Gründen (im Verhältnis zu westdeutschen Städten) überproportional ausgedehnt. Insgesamt dominierte in West-Berlin zum einen ein überdimensionierter öffentlicher Dienst und zum anderen eine Werkbankökonomie mit einem hohen Anteil an gering qualifizierter Beschäftigung (vgl. Strom 1996, Häußermann/Strom 1994).

Der vorrangige Grund für diese Entwicklung liegt zum einen im politischen Symbolgehalt Westberlins im Zusammenhang mit der Systemkonkurrenz. Zum anderen steht dahinter eine national orientierte Ausgleichslogik, deren Ziel eine Angleichung und Modernisierung der Lebensverhältnisse im Territorium des Nationalstaates war. Unter Zugrundelegung einer keynesianischen Wirtschaftspolitik sollten durch staatliche Nachfrage insbesondere in benachteiligten Regionen Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Wohlstand garantiert werden. In diesem Sinne war die Westberliner Stadt- und Wirtschaftsentwicklung ein Ausdruck nationalstaatlicher Ausgleichspolitik: sie hing am Tropf zentralstaatlich organisierter Finanztransfers, und Berliner Stadtpolitik bestand zu großen Teilen in der administrativen Ausführung nationalstaatlicher Leitlinien.

Demgegenüber war in Ostberlin die politische Entscheidungszentrale angesiedelt; dies führte ähnlich wie in West-Berlin zu einem Verwaltungsapparat, der für die Verhältnisse nach 1989 überdimensioniert war. Hinzu kommt, daß die wichtigsten Kombinate ihren Hauptsitz in Berlin hatten; diese hatten nach 1990 aufgrund der niedrigen Produktivität und eines technologisch überalterten Standards große Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Umstrukturierung (daran hatte allerdings auch die Art und Weise der Privatisierung durch die Treuhand ihren Anteil). Insofern wiesen West- und Ostberlin ähnliche Charakteristika auf.

Für beide Stadthälften gilt, daß sie von einer fordistischen Logik des Ausgleichs, der sozialen Homogenisierung und einer Art auferlegter Entwicklung und Modernisierung (wobei die staatliche Seite den Inhalt der Modernisierung definierte) geprägt wurden. Dem lag die Annahme zugrunde, daß durch staatliche Interventionen und einem damit einhergehenden staatlichen Planungsvorrang in einer Vielzahl von sozialen Bereichen gesell-

schaftlich sinnvolle Entwicklung, Modernisierung und Rationalität gewährleistet werden könne.

Diese technokratische Logik einer fortwährenden Modernisierung, getragen von der öffentlichen Hand, blieb jedoch nicht unwidersprochen. Für Berlin zeigt sich dies am eindrucklichsten im Feld von Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik. Ein wichtiger Bestandteil keynesianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl im Bundesgebiet als auch in Westberlin bestand im Sozialen Wohnungsbau, wodurch sozial- und wirtschaftspolitische Ansprüche versöhnt werden sollten, indem zum einen Arbeitsplätze geschaffen wurden und zum anderen »breiten Schichten der Bevölkerung« eine angemessene Wohnungsverorgung ermöglicht werden sollte. Der entsprechende Ort dafür wurde in den Stadtrandgebieten gesehen. Während gleichzeitig innenstadtnahe Altbauggebiete dem Verfall (oder der Kahl-schlagsanierung) preisgegeben wurden, wurden randstädtische Wohngebiete für die »gesellschaftliche Keimzelle«, die Kleinfamilie, auf dem Reißbrett entworfen (Bodenschatz u.a. 1983, Becker/Keim 1977). Doch die mit technokratischer Rationalität angegangene Planung stieß auf wenig Gegenliebe bei den Bewohnern, da es diesen Gebieten in den Anfangsjahren sowohl an Lebensqualität als auch an sozialer und Verkehrsinfrastruktur mangelte. Während sich in den neuen Großsiedlungen Proteste der Bewohner abzeichneten, bildeten sich gleichzeitig in den innenstadtnahen Gebieten Hausbesetzerbewegungen, die sowohl die technokratische (Ver-)Planungs- als auch die kleinfamiliäre Logik ablehnten. Die Hegemonie eines staatlichen Gestaltungs-, Modernisierungs- und Planungsanspruchs bröckelte damit an mehreren Orten. Jedoch nicht nur städtische Bewegungen stellten den staatlichen Allmachtsanspruch vor Ort in Frage. Auch von konservativer Seite wurde dies vorangetrieben. Staatliche Regulierungsversuche im Bereich der industriellen Beziehungen und Wirtschaftsentwicklung wurden als Überregulierung bzw. Lähmung der Privatinitiative gebrandmarkt. Diese Entwicklung hin zu einer Erosion des planenden und verwaltenden korporatistischen National-, aber auch lokalen Staates wurde dann nochmals durch die Wiedervereinigung vorangetrieben.

2.2 Berlin in den 90ern: Neoliberale Dominanz

Nach der Wiedervereinigung war Berlin ziemlich bald mit einer starken Kappung von Subventionen und einer niedergehenden Wirtschaft konfrontiert. Inzwischen sind in Berlin mit etwa 300.000 Arbeitslosen mehr Menschen arbeitslos als die Hansestadt Rostock Einwohner hat (Grosch 1998, 24). Innerhalb der letzten sieben Jahre sind über 280.000 Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe vernichtet worden (Morlang 1998, 37) mit dem Ergebnis, daß es in der Banken- und Finanzmetropole Frankfurt am Main

im Verhältnis zur Einwohnerzahl doppelt so viele IndustriearbeiterInnen gibt wie in Berlin. Der Hintergrund dafür ist unter anderem die verheerende Privatisierungspolitik der Treuhand für Ost-Berlin, die sich auf einen schnellstmöglichen Verkauf des produktiven Kapitals vor allem an westdeutsche und westeuropäische Unternehmen beschränkte: Verkauf ging vor Sanierung, da allein der Markt bzw. spätere Eigentümer über die Art und Weise der Umstrukturierung entscheiden sollte. Die Folge war eine weitgehende Deindustrialisierung Ostberlins. In West-Berlin wurden große Teile der arbeitsintensiven Werkbankfertigung mit dem Wegfall der Subventionen verlagert oder abgebaut. Die wirtschaftlichen Entwicklungen in West- und Ostberlin stehen damit für eine Rücknahme steuernder Eingriffe des Staates. Insgesamt fiel die Beschäftigungsabnahme in der Industrie viel stärker und die Zunahme im Dienstleistungssektor viel schwächer aus als erwartet (DIW 1996). Überdies sind die Aussichten auf eine Verbesserung der Situation ungünstig, da Berlin im Augenblick bundesweit das Schlußlicht bezüglich des regionalen Wirtschaftswachstums ist. Zudem ist Berlin noch mit Suburbanisierungsbewegungen konfrontiert, in deren Verlauf einkommensstarke Haushalte und damit Steuerzahler ans Umland »verloren« gehen (DIW 1997b).

Nicht nur hohe Arbeitslosigkeit und Randwanderungen bedeuten Einbußen für den städtischen Finanzspielraum. Zudem kommt noch der Abbau eines großen Teils der Finanzhilfen des Bundes bis 1994 zum Tragen. Bis zum Fall der Mauer wurde mehr als die Hälfte des West-Berliner Finanzbedarfs durch staatliche Finanzhilfen gedeckt. Zwar ist Berlin seit 1995 in das System des Länderfinanzausgleichs integriert, per saldo hat aber die Stadt erhebliche Einnahmeverluste – etwa acht Mrd. DM jährlich – hinnehmen müssen (DIW 1997b). Zu der schwierigen Finanzlage trugen weiterhin die Abschreibungsmöglichkeiten im Zuge der »Sonderabschreibung Ost« bei: die städtischen Einnahmen durch die Einkommenssteuer fielen von 600 Mio. DM 1992 auf 141 Mio. DM 1996 (Pötter 1997). Insgesamt bedeutet die Entwicklung der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik für Berlin sowohl eine Rücknahme des steuernden und unterstützenden Einflusses als auch – in bezug auf die Sonderabschreibung Ost – eine indirekte Umverteilung zugunsten von »Leistungsträgern«. Diese Ausfälle bedeuten, daß die städtischen Finanzen in höherem Maße auf die Lohnsteuer angewiesen sind. Ihr Beitrag stieg von 4,5 Mrd. DM (1992) auf 6,3 Mrd. DM (1996).

In dem Maße, in dem sich die ungünstige Wirtschaftsentwicklung nicht nur als Übergangsphänomen erwies, orientierte sich die Berliner Politik stärker an der Wirtschafts- und Stadtentwicklung anderer westlicher Städte. Die Ausrichtung der Stadtpolitik war jetzt nicht mehr redistributiv, sondern angebotsorientiert, was mit notwendigen Anpassungen aufgrund von Globalisierung und Standortkonkurrenz begründet wurde. Auf die reale Zwangs-

lage und unter dem Druck der Investoren wurde mit einer neoliberalen Umstrukturierung reagiert.

Die erhoffte Attraktivitätssteigerung des »Standortes Berlin« für internationale Investitionen ist im politischen Diskurs untrennbar mit einer Neubestimmung der Stadt verbunden – wenn auch von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlich begründet. Diese Neubestimmung bezieht sich (a) auf Berlin als Standort und die damit verbundene Imagepolitik, (b) auf den Übergang von der Mieter- zur Eigentümerstadt und die Konstruktion eines »Stadtbürgers« und (c) auf das Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung. Diese neuen Orientierungen der Berliner Stadtpolitik sind zwar nicht unumstritten, aber sie stellen politische Leitlinien und Begründungen dar, die materielle Auswirkungen haben, z.B. im Feld der Eigentumsförderung. Insofern beinhalten diese stadtentwicklungspolitischen Diskurse mehr als nur neue Sichtweisen, sie wirken sich in der Politik ganz real aus.

a) Berlin als Standort

»Der Zustand öffentlicher Räume der Innenstadt entspricht heute an zentralen Orten nicht den Ansprüchen einer europäischen Metropole. Insbesondere im historischen Zentrum ist eine qualitative Aufwertung notwendig, um die Lebens- und Aufenthaltsqualitäten für Berliner und Besucher zu verbessern, den repräsentativen Hauptstadtfunktionen gerecht zu werden, aber auch um sich im internationalen Wettbewerb der Metropolen als Standort behaupten zu können.« (Stadtforum 1997a, 16)

In diesem Zitat in der von Stadtentwicklungssenator Strieder herausgegebenen Publikation ist eine neue räumliche Orientierung politischer Regulation erkennbar: Berlin muß repräsentativen Hauptstadtfunktionen und einem internationalen Standortwettbewerb genügen, dies erfordere eine Veränderung im städtischen Gesamtbild und ein neues Verständnis von Stadt und Stadtbild. Auch der Regierende Bürgermeister Diepgen betont die internationale Orientierung von Berlin: »Hier (am Potsdamer Platz, S.H.) kommen Investoren und Architekten aus der ganzen Welt zusammen. Sie zeigen, wie international der Wirtschaftsstandort Berlin ist« (Landespresse-dienst 1997). Berlin ist in diesem Zusammenhang weniger eine Stadt, die aus dem nationalen Kontext heraus verstanden wird und in der eine Angleichung an national durchschnittliche Lebensbedingungen erfolgen soll, als eine Stadt die im internationalen Kontext verortet wird. Angesichts neuer Anforderungen seien sowohl »harte Anpassungsleistungen« als auch das Aufgeben »lokaler Befindlichkeiten« notwendig.

Der städtische bzw. lokale Raum wird jetzt international gedacht. Berlin als zukünftiger Standort internationaler Unternehmen in einem globalen Wettbewerb benötigt damit eine Reformulierung des städtischen Images zur Attraktivitätssteigerung. Die neuen Bilder von Berlin speisen sich aber nicht länger aus der lokalen Geschichte des fordistischen Berlin. Schönbohm als

Innensenator formulierte den damit einhergehenden Gestaltungs- und Ordnungsanspruch gerade in Abgrenzung zum Vergangenen: »Berlin muß endlich begreifen, daß es nicht nur sich selber gehört« bzw. »Die Stadt ist nicht mehr länger die Summe ihrer Kieze, sondern repräsentiert die Mitte Deutschlands in der Weltöffentlichkeit« (Schönbohm zit. nach Kil 1997).

Damit wird eine Delegitimierung und Entwertung des alten Verständnisses von Berlin vorangetrieben. Weil sich Berlin intern umstrukturieren muß, wird die »subventionsverwöhnte« Berliner Bevölkerung dazu aufgerufen, sich im Zusammenhang mit Berlin als zukünftiger Dienstleistungsmetropole neu zu identifizieren. Dies erfordert ein verändertes Image, welches sich auf die städtische Gestalt, Ordnung und Wirtschaftsstruktur in Abgrenzung zur industriellen Tradition bezieht. Insbesondere der Mitte Berlins bzw. zentralen städtischen Gebieten wird politische Aufmerksamkeit zuteil. Die Anstrengungen konzentrieren sich auf die Schaffung einer »environment for sale«, die Berlin zu einem Standort für hochrangige Dienstleistungen bzw. innerstädtische Bereiche zu einer Shopping Mall umfunktionieren. Der städtische Raum wird dabei unter der Maßgabe eines ökonomistischen Verständnisses umgestaltet. Ziel ist es, eine Attraktivitätssteigerung von Berlin als Wirtschafts- und Konsumstandort zu erreichen. So ist die Überwachung zentraler innerstädtischer Gebiete durch private Sicherheitsdienste und Polizei zum Alltag geworden (vgl. Eick in diesem Band). In diesem Sinne trägt der Diskurs über Berlin als internationalem Standort Früchte und setzt sich in politische Maßnahmen um. Öffentlicher Raum wird zunehmend als Standort von Dienstleistungen und Konsum wahrgenommen, der der Überwachung bedarf, um eine »Belästigung« durch Obdachlose, Bettler, Drogendealer etc. auszuschließen. Eine entsprechende bauliche Gestalt und wirtschaftskulturelle Atmosphäre wird zur Voraussetzung für die Etablierung von Berlin als internationaler Dienstleistungsmetropole erklärt. Dabei orientieren sich sowohl große Bauprojekte, wie z.B. am Potsdamer Platz, als auch die Gestaltung und Organisation von Einkaufsstraßen an internationalen Beispielen, um angeblichen Standards einer Dienstleistungsmetropole zu genügen. Vermeintliche Standards werden in diesem Sinne zu strukturierenden Prinzipien in einer städtischen Lebenswelt, die weniger sozial als vielmehr ökonomisch verstanden wird.

Bei der Frage, was wichtige Eckpunkte einer wirtschaftsfreundlichen Atmosphäre sein könnten, herrscht ein breiter parteipolitischer Konsens. Sowohl die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SPD) als auch die für Inneres (CDU) beziehen sich auf die Notwendigkeit einer städtischen Umstrukturierung und einer Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Städtische Wettbewerbsfähigkeit wird demzufolge weniger durch externe Faktoren als interne, wie z.B. Vandalismus, Verwahrlosung, Kriminalität etc., bedroht. Beide Seiten konstituieren einen Sicherheits- und Privatisie-

rungsdiskurs, der essentieller Bestandteil eines Versuchs wirtschaftlicher Neuverortung und internationaler Orientierung von Berlin ist. Die neue Berliner Identität muß ihre Legitimität aus dem internationalen Wettbewerb, als Hauptstadt Deutschlands und der Notwendigkeit des Übergang in eine neoliberal verstandene Normalität beziehen.

Trotz der Bemühungen, Berlin als »europäische Dienstleistungsmetropole« oder »Ost-West-Drehscheibe« zu präsentieren, waren diese Anstrengungen bisher von wenig Erfolg gekrönt. Selbst die städtische Marketinggesellschaft »Partner für Berlin« gestand vor kurzem den mangelnden Erfolg einer internationalen Werbestrategie ein (taz 13.1.1998). Statt auf den Umzug großer Unternehmen nach Berlin zu warten, sei es sinnvoller, so Volker Hassemer, Chef der Marketinggesellschaft und ehemaliger Stadtentwicklungssenator, die endogenen Potentiale und Stärken von Berlin auszubauen. Wenn man als Indikator der Entwicklung Berlins zu einer internationalen Dienstleistungsmetropole die Ansiedlung von Unternehmenszentralen und die Zunahme von Finanzströmen von und nach Berlin zugrundelegt, dann trifft diese negative Einschätzung durchaus zu. Nach einer Untersuchung von Georg Dybe (1997, 4) wuchsen von 1991 bis 1993 die Direktinvestitionen in Berlin sehr viel stärker als im übrigen Bundesgebiet. Im Zeitraum von 1993 bis 1995 wurden allerdings die Neueinlagen durch Liquidationen mehr als konterkariert; im Gegensatz zum Bundestrend sanken die Direktinvestitionen sogar. Auch die Ansiedlungsvorhaben stellen ausnahmslos nicht die Konzernzentralen weltweit agierender Unternehmen dar. »Deutsche Konzerne verlagern nur die Führungsetagen bestimmter Schwerpunktfunktionen nach Berlin, ausländische Firmen nur ihre Deutschland- bzw. Europa-Zentralen« (Dybe 1997, 5). Hoffnungen auf eine Sogwirkung bestätigen sich auf dieser Grundlage nicht. Dies bedeutet allerdings nicht, daß der Diskurs über Berlin als Wirtschaftsstandort keine Relevanz hätte. Auch wenn diese Bemühungen wenig faktischen Erfolg zeigen, so ziehen sie dennoch eine an der Etablierung einer internationalen Dienstleistungsmetropole orientierte, interne soziale Disziplinierung bzw. Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen nach sich, was am Sicherheitsdiskurs rund um »Zero Tolerance« und der Konstruktion von »gefährlichen Orten« (vgl. Eick in diesem Band) verfolgt werden kann.

b) Von der Mieter- zur Eigentümerstadt, Konstruktion des »Stadtbürgers«

»Das Stadtforum sollte zum Laboratorium des künftigen Stadtbürgers werden« (Klaus Hartung im Stadtforum 1997b, 18)¹. Als Allheilmittel gegen

1 Das Stadtforum ist sowohl eine Publikation, die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung herausgegeben wird, als auch eine Veranstaltung, in der über Berliner Stadtentwicklung diskutiert wird. An dieser Stelle meint Hartung die Veranstaltung.

eine »Kiezmentalität« und für eine kosmopolitische Öffnung der Stadt wird die Geschichte der »besitzenden Stadtbürger« in Berlin wiederentdeckt bzw. neu geschrieben. Im eingeforderten Umdenkungsprozeß wird der Stadtbürger als positive Identifikationsfläche und Akteur hervorgehoben, dessen vorherrschende Charakteristika im Unterschied zu gewissen Berliner Befindlichkeiten der Nachkriegszeit Weltoffenheit und Liberalität gewesen seien. Im Prozess der Vergegenwärtigung einer vermeintlichen historischen Kontinuität soll über den Rückbezug auf den Berliner Stadtbürger die alte Mitte Berlins und darüber eine Gesamt-Berliner Identität jenseits von Ost und West wiederentdeckt werden. Die Zeit des realexistierenden Sozialismus wie auch der westdeutschen Moderne wird übersprungen (»Ablösung der Paradigmen der Stadt der Moderne«) und der Stadtbürger je nach Gusto unterschiedlich verortet: entweder in der Zeit bis 1939 (Bodien 1997, 19), bis 1933 (Schlögel 1997) oder bis zum Ende des letzten Jahrhunderts (Siedler 1997). Die »neue städtische Gesellschaft« wird dabei durch einen Rückbezug auf eine kleine städtische Schicht des wilhelminischen Berlins bzw. der Weimarer Republik konstruiert. Auf alle Fälle wird in dieser selektiven Geschichtsaneignung die Industrie- und Arbeitergeschichte Berlins ausgeklammert.

Die Wiederinbesitznahme der Innenstadt gegen eine kalte Moderne – als Programm des Planwerks Innenstadt² – soll von »Stadtbürgern« als dem Symbol einer deregulierten städtischen Gesellschaft getragen werden. Dieser Anspruch ist damit explizit gegen einen staatlichen Planungsanspruch der 70er gewendet.

»Die Stadt, die übernommen wurde, entspricht nicht den Bedürfnissen der neuen städtischen Gesellschaft nach Vergesellschaftung. Sie braucht einen anderen Raum als die bürokratisch verfaßte Stadt, als die 'staatliche Veranstaltung'.... Es geht um die Entmonumentalisierung, um die Weitläufigkeit, um das Verschwinden der großen Ebenen, über die der Wind pfeift, um die Stadt, die nicht das Anhängsel eines Herrschaftskomplexes ist, sondern die Relation umdreht« (Schlögel 1997, 11).

In der Planersprache wird dies folgendermaßen umgesetzt:

»Weite Bereiche des historischen Zentrums weisen heute einen für Innenstädte sehr hohen Anteil an ausgewiesenen Grün- und Freiflächen auf. Sie verfügen jedoch über viel zu geringe Aufenthalts-, Nutzungs- und Gestaltqualitäten und eine unzureichende Vernetzung« (Stadtforum 1997a, 16).³

2 Das Planwerk Innenstadt, das im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung entworfen und unter den Schlagworten »Identität, Permanenz und Modernisierung« der Öffentlichkeit Ende 1996 vorgestellt wurde, soll ein »überzeugendes, identitätsstiftendes städtebauliches Gesamtkonzept für den Innenstadtbereich darstellen« (Stadtforum 23/96). Das Planwerk stellt den Versuch einer städtischen Modernisierung und Zusammenfügung des Historischen Zentrums (Ost) und der City West dar. Darüberhinaus wird ein Gesamtkonzept für die zukünftige Berliner Stadtentwicklung entworfen.

3 Auch wenn die »Leere« und »Unfertigkeit« dieser Plätze (z.B. Schloßplatz oder Kulturforum) immer wieder betont wird, so verhält es sich doch wie mit der Frage nach dem halb-

Es scheint, als ob die städtische Gestalt im östlichen Teil Berlins – und damit die realsozialistische Stadtplanung – nur eine Interpretation zuläßt. Diese recht einseitige Interpretation rief massiven Unmut unter der Ostberliner Bevölkerung, die auf dem Stadtforum versammelt war, hervor und ist wohl auch der Anlaß dafür, daß bei der Planung zum Ostberliner Spittelmarkt, ein Jahr nachdem das Planwerk Innenstadt zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgelegt worden ist, ein Ko-Gutachten angefertigt wurde. Darin wird die ursprüngliche Vorstellung des Planwerks, in der der Spittelmarkt wieder historischen Grundrissen nachgebildet werden sollte – »alt und retrospektiv« –, relativiert und die bestehende Bebauung ins Zentrum gestellt (taz 3.12.1997).

Die Probleme der modernen Stadt als Ausdruck einer durchstaatlichten Gesellschaft sollen im Rahmen des Planwerks Innenstadt⁴ durch die Rückübereignung des öffentlichen Raums an die Stadtbürger gelöst werden. Als ein Ansatzpunkt in diese Richtung wird die Bebauung der leeren Flächen, der Rückbau der breiten realsozialistischen Verkehrsschneisen und der Verkauf des gewonnenen Landes als Privateigentum für selbstgenutzte Stadthäuser bzw. Eigentumswohnungen gesehen.

»Der auf kleiner Parzelle errichtete Stadthaustyp zeigt jenes hohe Maß an Nutzungsflexibilität und Nutzungsmischung, das für die Aufwertung der Innenstadt, für die Sicherheit des privaten Kleinanlegers und für ein verändertes stadtbürgerliches Bewußtsein von größter Bedeutung ist« (Stadtforum 1997a, 16).

Es findet eine diskursive Verschränkung von Entstaatlichung, Privatisierung, einer (selektiven) historischen Kontinuität und Identität statt, was sowohl zur Lösung der städtischen »Verwahrlosungs«tendenzen als auch zur Attraktivitätssteigerung des Standortes beitragen soll.

Vandalismus und Verwahrlosung werden dabei als Krankheitssymptome der modernen Stadt aufgefaßt, die eine Neuordnung und Disziplinierung nach innen erfordern, um nach außen attraktiv zu sein. Dies soll durch den Typus des besitzenden Stadtbürgers gewährleistet werden, der über den privaten Besitz eine erhöhte Verantwortung für seine Umgebung empfindet und in der Folge eine Ordnungsfunktion im unmittelbaren öffentlichen Raum ausüben soll. Die strategische Manipulation von Bildern, Geschichte und Kultur liefert dabei eine Grundlage für die Bildung von städtischen Wachstumskoalitionen. In der Beschwörung von spezifischen Stadtbildern soll städtische Identität geschaffen werden, um lokale Unterstützung für ein neues Wachstumsmodell zu gewinnen. Jedoch nicht nur in Berlin, sondern

leeren bzw. halbvollen Glas Wasser. In der Berliner Stadtzeitung »scheinschlag« (25/97) wird dazu angemerkt: »Man kann in einer Leere eine Chance sehen, eine Möglichkeit – oder aber schlicht ein Loch, daß zugestopft werden muß, und zwar so schnell wie möglich.«

4 Das Planwerk Innenstadt ist nur ein Beispiel für diese Tendenz. Ein weiterer Beleg hierfür ist der Umgang mit öffentlichem Raum in innerstädtischen Bereichen, der einer tendenziellen Privatisierung unterliegt, indem von privaten Sicherheitsdiensten und Polizei Zugangskriterien festgelegt werden.

in vielen westeuropäischen Städten ist die Beschwörung von städtischen Images und Kultur im Zusammenhang mit dem Konkurrenzkampf der Regionen zum integralen Bestandteil einer Wettbewerbsstrategie geworden (vgl. Hall/Hubbard 1996, 162).

Dem Planwerk Innenstadt zufolge soll mit einer strategischen Entwicklungsvorgabe die Berliner Identität jenseits von Ost- und Westbefindlichkeiten neu formuliert werden. Gesamtstädtische Modernisierung bedeutet, aus dem Historischen Zentrum (Ost) und der City West die Berliner Innenstadt zu machen und durch das Einbauen dieser Teile in das Gesamtgefüge der Stadt die Trennung zwischen Ost und West zu überwinden. Als ob Geschichte nicht stattgefunden hätte, soll insbesondere die realsozialistische Moderne überdeckt werden, um im veränderten Kleid eines Standortes von besitzenden und selbstnutzenden Stadtbürgern eine identitätsstiftende Rolle zu erhalten. Nicht nur das an dieser Stelle prominente Planwerk Innenstadt, sondern auch die Ordnungsbemühungen von Innensenator Schönbohm und die Stadtranderschließungen des Bausenators Klemann zielen – wenn auch von unterschiedlichen Ansatzpunkten ausgehend – auf die Einbindung breiter städtischer Schichten in ein Erneuerungs- und Wachstumsprogramm. Allerdings scheinen die Pläne zur Stadtranderschließung durch Eigenheimbau bei den entsprechend finanzkräftigen Berlinern eher auf Gegenliebe zu stoßen als Eigentumswohnungen im Innenstadtbereich. Tatsächlich ziehen schon jetzt mehr besserverdienende Haushalte ins Umland als neue zuziehen. Zudem kommt über die Hälfte der jetzt Zuziehenden mit der Hoffnung auf kaum noch vorhandene, industrielle bzw. niedrig qualifizierte Arbeitsplätze, d.h. es handelt sich um Haushalte mit geringem Einkommen (taz 22.10.1997, 27.1.1998 Berliner Lokalteil). Aber allen gegenteiligen Entwicklungen zum Trotz wird an der Vision finanzkräftiger »Urbaniten« festgehalten. Diejenigen, die Eigentum erwerben wollen, kommen in den Genuß von öffentlicher Unterstützung und Steuererleichterungen. Dies gilt aber ebenso für diejenigen, die am Stadtrand bauen wollen. Staatssekretär Wolfgang Baroner (Wirtschaftsverwaltung) sieht im Berliner Stadtrandgebiet das Potential für mehr als 100.000 Eigenheime. Der Eigenheimbau soll mit Preisnachlässen von bis zu 100.000 DM bei dem Verkauf landeseigener Grundstücke an bauwillige Familien gefördert werden. Die Förderung dieser einkommensstarken Bevölkerung soll der *strukturellen Stabilität* Berlins dienen, indem die Abwanderung von Familien samt Steueraufkommen ins Umland verhindert wird (vgl. Heeg/Sambale 1998). Insgesamt beinhaltet die Programmatik des Übergangs von der Mieter- zur Eigentümerstadt eine Reformulierung städtischer Politik zugunsten von Besserverdienenden (ob am Stadtrand oder in der Innenstadt). Die andere Seite der Medaille sind Ausgrenzungsprozesse und Segregationstendenzen, die diejenigen betreffen, die nicht zu den »Leistungsträgern« gehören.

c) Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung

«Das Coming-Out der Bürgergesellschaft ist auch das Coming-Out der im Schoß der Nachkriegsordnung nachgewachsenen und reif gewordenen Stadtgesellschaft. Sie ist über die Vereinfachung hinaus und hat die Potenz, die von ihr hervorgebrachten Probleme selber zu lösen. Sie bedarf der Organisation von oben nicht mehr, sondern organisiert sich selber.» (Schlögel 1997, 13)

Die beschworene Wiedergeburt der Bürgerstadt bzw. Stadtgesellschaft geht einher mit der Delegitimierung der Stadtentwicklung der Moderne als »passiv-bürokratische Stadtplanung«. Es wird ein Umdenkungsprozeß eingefordert, der zur Mobilisierung privater Ressourcen aufruft und damit die Staatsaufgaben neu bestimmt. Erforderlich ist demzufolge – wie den Empfehlungen des 59. Stadtforums zu entnehmen – beim »Neudenken des Staates« eine Aktivierung bürgerschaftlicher Verantwortung, die zu einer »sachgerechten Verteilung der Aufgaben zwischen Staat einerseits und ziviler Verantwortung andererseits führt. Als unverzichtbare Hauptfunktion des Staates bleibt die aktive Gestaltung der Rahmenbedingungen« (Stadtforum 1996, 23). Im Kontext der Privatisierung städtischer Unternehmen (Bewag, Bäder, Sporteinrichtungen etc.) und der Kürzung sozialpolitischer Maßnahmen und Einrichtungen (z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit) ist die politische Umgestaltung über das »Neudenken« hinaus und strukturiert schon die Alltagspraxis. Insbesondere weite Bereiche der Sozial- und Kulturpolitik werden in diesem Zusammenhang zu einer finanziellen Belastung für die Stadt bzw. zur Aufgabe des Einzelnen und privater Unternehmen erklärt. Aber auch in der Wirtschaftspolitik erfolgt der Übergang zu angebotspolitischen Zielsetzungen, die die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern sollen. Zu viele gesetzliche Regulierungen und Verwaltungspraktiken würden kreative Lösungen hemmen. Da der Wettbewerb zwischen Regionen härter wird und Investitionen knapper, müssen Städte »wie private Unternehmen wirtschaften lernen« (Adamaschek 1996). Dabei wird der Übergang von etatistischen zu zivilrechtlichen Formen der Vergesellschaftung auf allen Ebenen politischer Regulation (zwischen Nationalstaat und subnationalen Ebenen) eingefordert. Der Staat soll zu einem »schlanken, funktionalen und aktivierenden Staat« werden, der die optimalen Rahmenbedingungen für die privaten Akteure garantiert (vgl. Huber 1996, 19). Ähnlich wie im nationalen Maßstab wird auch auf der lokalen Ebene eine angebotsorientierte Politik zur scheinbar unerläßlichen Voraussetzung der Freisetzung von Privatinitiative. Eine angebotsorientierte, flankierende und moderierende Wirtschaftspolitik des lokalen Staates wird damit zum Charakteristikum eines »modernen Standortes«.

«Das traditionelle Interventions-Instrumentarium des Staates ist nicht mehr in der Lage, die ökonomischen, sozialen und technologischen Probleme der Gesellschaft zu lösen... Moderne Politik muß sich von etatistischen Denkmustern lösen und zum kooperativen Akteur in den

Netzwerken aus Politik, Wirtschaft und Interessengruppen werden. Politische Führung erwächst über die kompetente Wahrnehmung der ordnungspolitischen Gewährleistungsverantwortung« (Strieder 1997b, 4).

In diesem Kontext soll Stadtplanung durch ein flexibles Stadtmanagement ersetzt werden, dessen Aufgabenbereich eher Dienstleistungen, Organisation von konsensualen Abstimmungsprozessen und Servicemaßnahmen umfaßt. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung des NARVA-Geländes, wo auf einem 46.000 qm großen Grundstück 140.000 Quadratmeter Bürofläche, 330 freifinanzierte Wohnungen und 15.000 Quadratmeter für den Einzelhandel entstehen sollen. Die Initiative geht dabei nicht von der Stadt, sondern vom Investor aus, der die Stadt allenfalls in die Abstimmung einbindet. Mehr noch: in dem Maße, in dem Planung zu einer privaten Veranstaltung von Investoren wird, wird die Stadt als Dienstleister eingebunden. Mit der Planung der Verkehrsinfrastruktur beauftragte Roland Ernst das Tiefbauamt Friedrichshain (Hoffmann 1997, 20). Damit ist eine Veränderung hin zu einer entstaatlichten Planung umschrieben; der Kontext dafür ist eine Interpretation, die die gegenwärtigen städtischen Probleme der Überregulierung zuschreibt.

Beispiele für eine »entstaatlichte Planung« bzw. ein flexibles Stadtmanagement sind sogenannte Public-Private Partnerships oder privatisierte, parastaatliche Entwicklungsträger. Privatisierte öffentliche und halbstaatliche Entwicklungsträger werden mittlerweile in Berlin bei den meisten Großprojekten eingesetzt, z.B. im Falle der Wasserstadt Oberhavel in Spandau, der Entwicklung des Alten Schlachthofes, der Rummelsburger Bucht usw. (Lanz 1997, Hellweg 1997, 400).

Entstaatlichung bzw. »Stärkung der Privatinitiative und der vermittelnden Staatsfunktion« ist dabei kein Projekt einer politischen Minderheit, sondern gewinnt in breiten gesellschaftlichen Bereichen und politischen Gruppierungen an Gewicht und Einfluß. Auch wenn hier auf Berlin bezug genommen wird, handelt es sich nicht um eine Berlin-spezifische Frage, sondern charakterisiert die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik. Franziska Eichstädt-Bohlig, die baupolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag und Berliner Bundestagsabgeordnete, forderte in einer Diskussion die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Frei- und Grünflächen in Berlin, um dort mit privatem Eigentum (und Eigentumswohnungen) der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft und der Dichotomie zwischen Markt und Staat durch die Stärkung des Mittelstandes gegenzusteuern (taz 6.11.1997, Berliner Lokalteil)⁵. Dies geht einher mit der Aufforderung, die naive Hoffnung auf den Wohlfahrtsstaat aufzugeben. In der Tat ist es notwendig, die bürokratischen, normalisierenden und diszip-

5 Dies entspricht allerdings nicht der Mehrheitsmeinung der Grünen in Berlin und ist insofern Ausdruck für eine Dominanz, aber nicht Hegemonie des Privatisierungs- und Deregulierungsdiskurses.

linierenden Dimensionen des Wohlfahrtsstaates und technokratische Planbarkeitsvorstellungen in weiten Bereichen der Gesellschaft zu hinterfragen und zu kritisieren. Allerdings stellt sich die Frage, ob die »Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft« dabei weiterhelfen.

Gegen eine »durchplante« und »durchstaatlichte« städtische Gesellschaft und für mehr Eigeninitiative argumentiert auch der liberale Stadtplanungsvordenker Dieter Hoffmann-Axthelm, wenn er konstatiert, daß das Luisenstädtische Kreuzberg zum Pflegefall verkommen sei, weil dort durch staatlichen Paternalismus die Privatinitiative verkümmert wäre (Hoffmann-Axthelm 1997). »Man hat sich an die Ausnahmerolle gewöhnt; daran, daß alles, was wünschbar ist, mit Hilfe öffentlicher Mittel irgendwie auch machbar ist. Man hat sich unmerklich abgewöhnt, selber verantwortlich zu sein, mietspiegelgerechte Mieten zu zahlen, Risiken ohne Sozialplan einzugehen, wie in Lankwitz oder Reinickendorf üblich.« Da Kreuzberg zu den ärmsten Bezirken mit dem höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern in Berlin gehört, stellt sich die Frage nach der sozialen Tragfähigkeit dieser Aussage. Diesen Ausführungen zufolge führen die staatlichen Sanierungsbemühungen zu einer Lähmung der Fähigkeiten zu eigensinniger Selbständigkeit und Privatinitiative. Planungsbürokratie, Leistungsdefizite, mangelnde Flexibilität, fehlender Unternehmergeist und mangelnde Selbsthilfe sind die Krankheitssymptome einer überplanten bzw. verstaatlichten Gesellschaft. Durch die erneute »Inwertsetzung« privater Initiative und mit einem Rückzug des Staates können diesem Ansatz entsprechend die Probleme bekämpft werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Probleme sinnvoller mit einem Rückzug des Staates oder mit veränderten staatlichen Regulierungen bearbeitet werden können. Steuernde staatliche Eingriffe (des National- oder lokalen Staates als unterschiedliche räumliche Ebenen des Staates) mit einer Gefahr der Überregulierung gleichzusetzen, verkennt die Veränderungsfähigkeit staatlicher Formen. In dieser Diskussion wird die staatliche Ausprägung einer bestimmten historischen Formation, des Fordismus, mit der allgemeinen Form des Staates gleichgesetzt. Demgegenüber kristallisieren sich zum einen im Zuge neoliberaler Deregulierungsbemühungen neue staatliche Formen heraus, zum anderen verkennt diese Auffassung räumliche, lokale Spezifiken. Gerade Berlin zeichnet sich durch ein spezifisches Verhältnis von Projektkultur und Regulierungsbemühungen des lokalen Staates aus, indem es durch eine hohe gegenseitige Kontroll- und Mißtrauenshaltung geprägt ist. Im Zuge städtischer Modernisierungs- und Normalisierungsversuche (z.B. im Feld von Wohnungsbaupolitik) wurden städtische Bewegungen eher als Zumutung denn als Bereicherung verstanden. Insofern ist eine Generalisierung der Berliner Verhältnisse und ein Rückschluß auf allgemeine staatliche Charakteristika zumindest fragwürdig.

Zum anderen wird in der Diskussion um Deregulierung und Entstaatlichung immer die andere Seite der Medaille vergessen: indem Besserverdienende über Eigentumsförderung und Steuererleichterungen privilegiert werden, handelt es sich tatsächlich um eine Reregulierung. Als Leitlinie städtischer Politik wird sozialer Ausgleich und wohlfahrtsstaatliche Orientierung abgelegt zugunsten der Begünstigung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Eigentumsförderung oder Sonderabschreibung Ost. Beide Maßnahmen begünstigen diejenigen, die die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen haben, um überhaupt die Risiken eines Eigenheimbaus oder einer Investition in Gewerbeentwicklung auf sich nehmen zu können. Die angebotsorientierte Stadtentwicklungspolitik zeichnet sich damit aber – im Gegensatz zu öffentlichen Verlautbarungen – durch eine massive Intervention zugunsten derjenigen Bevölkerungsgruppen aus, die als »Leistungsträger« gesehen werden. Während Lohnempfänger einen immer größeren Anteil an den öffentlichen Lasten tragen, während wohlfahrtsstaatliche Versorgung mit Hinweis auf knappe öffentliche Kassen reduziert wird, während diejenigen, die durch den ökonomischen Strukturwandel besonders hart betroffen sind, ausgegrenzt und diszipliniert werden, werden Besserverdienende bei der Verwirklichung ihres Eigenheimbaus noch öffentlich unterstützt. Mit der Kritik am Privatisierungs- und Entstaatlichungsdiskurs sollen zwar keine Reformbemühungen delegitimiert werden; es stellt sich aber die Frage, ob eine Reform, die lediglich auf Privatinitiative und Markt setzt, der richtige Weg ist angesichts einer Entwicklung in Berlin, die ähnlich wie in anderen Städten in Richtung einer Einkommenspolarisierung und Verarmung von größeren Teilen der Bevölkerung geht.

3. Städtische Regulation im Kontext von Globalisierung und Regionalisierung

Ziel der Analyse des stadtentwicklungspolitischen Diskurses war es zum einen darzulegen, wie eine diskursive Umformulierung von Berlin zum »Standort« im internationalen Kontext stattfindet. Zum anderen sollten die praktischen Auswirkungen der diskursiven Neubestimmung stadtentwicklungspolitischer Leitlinien gezeigt werden. Gerade am Beispiel Berlin kann verfolgt werden, wie eine neoliberale, angebotsorientierte Ein- und Anpassung der Stadtentwicklungspolitik an vermeintliche Anforderungen, die durch Globalisierung und Regionalisierung vorgegeben werden, erfolgt. In der wirtschaftsgeographischen Forschung gibt es eine weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die kapitalistische Produktionsweise gerade unter den Bedingungen eines anspruchsvollen, informations- und technologieintensiven Produktionsprozesses und weltweiter Marktbeziehungen auf spezifische subnationale und lokale Räume angewiesen ist (vgl. Scott 1996,

Storper 1995, Läßle 1996). Demnach drängen die aktuellen Markt- und Konkurrenzbeziehungen gleichzeitig zur Globalisierung *und* spezifisch räumlichen Verortung, d.h. Regionalisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten (vgl. Brenner 1997; Jessop 1997a, b). In dem Maße, in dem unternehmerische Standortentscheidungen von einer räumlich fixierten infrastrukturellen Ausstattung abhängen, können entsprechende Räume auch als »regional motors of the global economy« verstanden werden (Scott 1996). Regionen als Ausgangsvoraussetzung unternehmerischer Wettbewerbsfähigkeit müssen damit gleichzeitig interne Umstrukturierungen und Anpassungen vornehmen. Gegenwärtig beinhaltet dies überwiegend Maßnahmen der Deregulierung, Entstaatlichung und Modernisierung der sozio-ökonomischen und politischen Beziehungen. Beispiele, wie Liverpool oder Sheffield, wo in den 80er Jahren bis zur Entmachtung durch die Regierung Thatcher eine lokale keynesianische Arbeitsmarktpolitik betrieben wurde, belegen allerdings, daß die Art der Umstrukturierung keinen Sachzwang darstellt, sondern ein Ergebnis politischer Auseinandersetzungen ist (Parkinson 1992, Hall/Hubbard 1996). Im Mainstream gilt allerdings die »unternehmerische Stadt« als Antwort, wenn nicht gar Lösung, der gegenwärtigen Probleme. Die Kapazität eines städtischen Regimes zu einer angebots- bzw. imageorientierten Umgestaltung der Politik variiert allerdings beträchtlich. Sie hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die Wünsche, Anforderungen und Interessen einzelner Gruppen zu versöhnen, als städtische Interessen zu repräsentieren und Wachstumskoalitionen zu bilden.

Der lokale Staat fungiert in diesem Zusammenhang nicht mehr als der verlängerte Arm der Zentralgewalt und ausführendes Organ im Rahmen einer Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern formt eigene, neue Organisations- und Managementformen aus, die sich an der Schnittstelle zwischen öffentlicher und privater Sphäre befinden. Private und parastaatliche Akteure werden z.B. durch sogenannte Public-Private-Partnerships in die Gestaltung und Formulierung zentraler Politikfelder einbezogen (Helbrecht 1994). Auch institutionalisierte Stadtforen, in denen eine interessierte Bevölkerung und Fachpublikum über stadtentwicklungspolitische Fragestellungen diskutiert, können in diesem Zusammenhang als ein Versuch der Modernisierung sozial-räumlicher Logiken gesehen werden (Schmals/Jahn 1997). Das Stadtforum in Berlin und das Planwerk Innenstadt als dessen Diskussionsgrundlage kann in diesem Sinne als ein entsprechendes Medium gesehen werden, wo Moderation und Mediation an Bedeutung gewinnt gegenüber Planung und Administration. Durch die Diskussion zentraler stadtentwicklungspolitischer Themenfelder werden Prozesse in Gang gebracht, die eine Selbstdefinition als internationaler Standort bzw. eine internationale Orientierung forcieren und neue – gleichwohl umkämpfte – regionale Regulationsformen anstoßen.

Am Beispiel von Berlin konnte man sehen, daß damit außerdem eine strategische Manipulation von Bildern, selektive Geschichtsaneignung und die Anpassung an neoliberale Argumentationsmuster einhergeht. Unter neoliberalen Vorzeichen werden dabei neue Leitlinien in der lokalen Politik geprägt. Zentrale Punkte sind die Etablierung neuer Wachstumskoalitionen, die Disziplinierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Privatisierung und Entstaatlichung. Diese städtische Modernisierung setzt zwar verstärkt auf Public-Private-Partnerships, strategische Allianzen und Netzwerke. Kooperation zwischen privaten, para-staatlichen und staatlichen Akteuren wird gegenüber einem bloß administrativ-exekutiven Handeln der Vorzug gegeben. Diese Organisationsformen sollen durch eine horizontale Integration von Bevölkerungsgruppen Aktivitätspotentiale freisetzen und soziale Einbindung in Wachstumskoalitionen sichern. Allerdings wäre es falsch, davon auszugehen, daß diese Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik ohne Hierarchien auskämen: es handelt sich um diskursiv etablierte Machtverhältnisse.

Literatur

- Adamaschek, B. (1996): Kommunen im Wettbewerb. Leistungsvergleiche zwischen deutschen Verwaltungen, in: *Stadtforum*, No. 23, Berlin.
- Becker, H./Keim, K.D. (Hg.) (1977): *Gropiusstadt: Soziale Verhältnisse am Stadtrand. Soziologische Untersuchung einer Berliner Großsiedlung*. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 59, Stuttgart.
- Boddien, W.v. (1997): Vertrautes Antlitz. In: *Foyer*. Magazin der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen, Verkehr, Nr. 2, 7. Jg., Berlin.
- Bodenschatz, H. u.a. (1983): *Schluß mit der Zerstörung?* Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin. Amsterdam und London, Gießen.
- Brenner, N. (1997): Die Restrukturierung staatlichen Raums. Stadt- und Regionalpolitik in der BRD 1960-1990, in: *PROKLA* 109, 545-565.
- DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996): *Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin*, Nr. 37, 63. Jg., Berlin.
- (1997a): *Berliner Finanzpolitik in einem fast ausgeweglosen Dilemma – Aktuelle Tendenzen im Landeshaushalt von Berlin*, Nr. 39, 64. Jg., Berlin.
- (1997b): *Bevölkerungsentwicklung in der Region Berlin*, Nr. 41, 64. Jg., Berlin.
- Dybe, G. (1997): Berlin auf dem Weg zu einer internationalen Dienstleistungsmetropole? In: *IRS aktuell*, Nr. 17, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Erkner.
- Grosch, S. (1998): Boomtown Berlin? In: *Schöne neue Arbeitswelt?*, Berlin.
- Hall, T./Hubbard, P. (1996): The entrepreneurial city: new urban politics, new urban geographies? In: *Progress in Human Geography*, Vol. 20, No. 2, 153-175.
- Häußermann, H. (1997): Berlin: Lasten der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 17, 10-19.
- Häußermann, H./Strom, E. (1994): Berlin: the once and future capital, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 18, No. 2, 335-347.
- Heeg, S./Sambale, J. (1998): *Unternehmen Berlin: Stadtentwicklung und Stadtverkauf*. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- Helbrecht, I. (1994): »Stadtmarketing«. *Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik*. Basel/Boston/Berlin.

- Hellweg, U. (1997): Auf zu neuen Ufern – Stand und Perspektiven der Berliner Wasserstadt, in: *Bundesbaublatt*, Nr. 6, 46. Jg., Hrsg. vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn.
- Hoffmann, H.W. (1997): Lichternes Dach. Denkmalpflege auf dem NARVA-Gelände, in: *Stadtforum*, No. 26, Berlin.
- Hoffmann-Axthelm, D. (1997): Broschürenrealität ohne Frischluft, in: *taz* 10.1.97.
- Huber, J. (1996): Den Staat neu denken. Mangelnde Beweglichkeit und Differenziertheit in der Haushaltspolitik, in: *Stadtforum*, No. 23, Berlin.
- Jessop, B. (1997a): Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Becker, S./Sablowski, T. (Hg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Hamburg.
- (1997b): The Entrepreneurial City. Re-imaging localities, redesigning economic governance, or restructuring capital? In: Jewson, N./MacGregor, S. (eds.): *Realising cities*, London.
- Kil, W. (1997): Würde, Idylle, Segregation. Wie ein »Planwerk« versucht, die Metropole zu bändigen, in: *Kommune*, Nr. 2.
- Krätke, S. (1991): Berlins Umbau zur neuen Metropole, in: *Leviathan*. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Opladen.
- Landespressedienst (1997): <http://www.berlin.de/graphics/politik/landespressedienst/senkan/003-061.html>.
- Lanz, S. (1997): *Wer entwickelt was in der Stadt. Leitbilder, Strategien und Politik-Koalitionen der wirtschaftlichen, administrativen und politischen Akteure vor dem Hintergrund neuer Urbanisierungsprozesse*. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- Läpple, D. (1996): Städte im Umbruch. Zu den Auswirkungen des gegenwärtigen Strukturwandels auf die städtischen Ökonomien – Das Beispiel Hamburg. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): *Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten*, Hannover.
- Mayer, M. (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Borst, R. u.a. (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*, Basel/Boston/Berlin.
- (1995): Stadtpolitik im Umbruch, in: Hitz, H. u.a. (Hg.): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*, Zürich.
- Morlang, T. (1998): Blühende Dienstleistungslandschaft Deutschland? In: *Schöne neue Arbeitswelt?: Teilzeit – Freizeit – Auszeit*, Berlin.
- Parkinson, M. (1992): Die sozialen Folgen des ökonomischen Strukturwandels und politische Reaktionen in Liverpool, in: Häußermann, H. (Hg.): *Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas: Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien*, Basel/Boston/Berlin.
- Pötter, B. (1997): Steiler Absturz für das Solidarprinzip, in: *taz* 12.12.1997, Berliner Lokalteil.
- Sassen, S. (1996): *Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities*, Frankfurt am Main/New York.
- Schlögel, K. (1997): Operation Mitte. Die Wiederbelebung osteuropäischer Stadtzentren, in: *Stadtforum*, No. 24, Berlin.
- Schmals, K.M./Jahn, W. (1997): Simultanpolitik durch Stadtforen? Das Beispiel Berlin, in: Heinelt, H./Mayer, M. (Hg.): *Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung*, Opladen.
- Scott, A.J. (1996): Regional motors of the global economy, in: *Futures*, Vol. 28, No. 5, 391-411.
- Siedler, W.J. (1997): Die beiden Stadtzentren Berlins: Unter den Linden und Kurfürstendamm, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B17.
- Stadtforum (1996): *Dichte als Voraussetzung*. No. 23, Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- (1997a): *Emanzipation der Mieter*. No. 25, Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- (1997b): *Die Qualifizierung der Freiräume*. No. 26, Hrsg. von der Senatsverwaltung für

- Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.
- Storper, M. (1995): The resurgence of regional economies, ten years later: the region as a nexus of untraded interdependencies, in: *European Urban and Regional Studies*, Vol. 2, No. 3, 191-223.
- Strieder, P. (1997a): Bühne der Stadt. Zum Wesen des öffentlichen Raumes, in: *Stadtforum*, No. 26, Berlin.
- (1997b): Von Rio nach Kyoto. Gesellschaftspolitische Herausforderungen und die Politik der Nachhaltigkeit, in: *Stadtforum*, No. 27, Berlin.
- Strom, E. (1996): The Political Context of Real Estate Development: Central City Rebuilding in Berlin. In: *European Urban and Regional Studies*, Vol. 3, No. 1, 3-17.